

Deutschland.

Berlin, 1. April. Die nach kurzer Unterbrechung nunmehr wieder in größerer Maßstabe aufgenommene Beförderung der Kriegsgefangenen nach Frankreich ist wahrscheinlich das einzige Mittel, um der Regierung der Republik die Niederwerfung des Aufstandes in Paris zu ermöglichen. Wenn wir auch Herr Thiers nicht große Thatskraft zutrauen, so ist er doch von energischen Männern umgeben, so daß wir wohl annehmen dürfen, es wäre schon eine Aktion zur Bewingung der Rebellen unternommen, wenn man die in Versailles angeammelten Truppen für verlässlich hielte. Der General Barral, bekannt als ein sehr tüchtiger und zuverlässiger Offizier, führt das oberste Kommando, und der Oberst Denfert, der Vertheidiger von Belfort, welcher vor einigen Tagen nach Versailles berufen worden, gilt als eine eiserne Soldaten-Natur. Allein unter den französischen Soldaten mag ein schlimmer Geist herrschen. Die Regimenter, welche in Paris gelegen haben, sind dort mit den Nationalgardien in ein zu enges kameradschaftliches Verhältnis getreten, als daß man bei ihnen die Bereitwilligkeit voraussetzen dürfte, gegen dieselben nunmehr einen Angriff zu unternehmen. Die Bestandtheile der Feldarmeen, welche nach Versailles gezogen sind, werden, da ihnen nie ein Erfolg, sondern eine ununterbrochene Reihe von Niederlagen zu Theil geworden, auch nicht vom besten Geiste besetzt sein. Die Unbeständigkeit und schwankende Autorität Derjenigen, von welchen sie ihre Befehle erhalten, muß auf die Truppen sehr demoralisierend wirken. Das Kaiserthum, das ihnen als die Summe aller Kraft galt, haben sie zusammenbrechen sehen. Gambetta hat dann das Kommando in ungeliebter Weise geführt und ist abgetreten, von entsetzten Anklagen verfolgt. Die Regierung von Thiers hat ebensowenig als die Nationalversammlung sich so benommen, daß die Soldaten dafür einen großen Respekt gewinnen könnten, und nun hat sich wieder eine neue Regierung in Paris gebildet, welche in der Legitimation ihres Ursprungs hinter derjenigen, die nach der Schlacht von Sedan die Geschichte Frankreichs gelenkt hat, durchaus nicht zurücksteht. Unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, wenn die Truppen sich unzuverlässig befinden lassen, und wenn man auch nicht annehmen braucht, daß das Beispiel des 13. Bienen-Regiments, welches vollständig aus Versailles nach Paris desertirt sein soll, vielfache Nachahmung finden werde, so scheint es doch sehr rathsam, daß man in Versailles zunächst die Ankunft der bisher Kriegsgefangenen Truppen abwartet. Diese sind in der Gefangenschaft einer strengen Disziplin unterworfen gewesen, sie haben rasches Kriegesgelingen kennen gelernt, nicht lange Entwürdigung, ihre Vorstellungen sind die eines stehenden Heeres, und demgemäß sagen sie sich, daß die Regierung zu Versailles ihnen eine gewisse Gewähr für die künftige Existenz bietet, das Comité in Paris gar keine; endlich sind unter den Kriegsgefangenen Regimentern viele Algerische (namentlich Turko's), welche von den in Paris herrschenden Schlagworten nicht erregt werden. Die Garde — so wurde uns kürzlich aus dem Lager bei Mainz berichtet — brennt sogar vor Begierde, der Pöbelherrschaft in Paris ein Ende zu machen. — Somit darf man annehmen, das die aus der Gefangenschaft heimkehrenden Truppen der Regierung in Versailles den bisher vermissten stärkeren Kern für eine offensive Bewegung gegen Paris geben werden. Die zunehmende Abschiebung der Hauptstadt nach Außen durch die Entrüstung der großen Mehrzahl der Pariser Bevölkerung gegen die Nothen auf das Höchste steigern, denn die während der Belagerung ausgekandene Noth steht nun auf's Neue herauf.

— **Deutscher Reichstag.** 9. Plenarsitzung vom 1. April. Die Tribünen sind gefüllt. In der Hofloge der Kronprinz. Am Tische des Bundesraths befinden sich Staatsminister von Luz, von Griesen, später Fürst Bismarck, Generalpostmeister Stephan und andere Bevollmächtigte des Bundesraths.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wird die Frage wegen der Osterferien debattirt; auf den Antrag des Abg. Windthorst wird die Beschlussfassung vertagt, bis von Seiten des Bundesraths mitgetheilt sein wird, ob und welche Vorlagen noch in dieser Session zu erwarten sind.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand die erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Bundeshaushalts-Etats für 1871, der 161,375 Thlr. für die Herstellung eines Dienstgebäudes für das Generalpostamt als erste Rate verlangt.

Der Oberpostdirektor Stephan weist das Bedürfnis dieser Ausgabe mit Bezugnahme auf die dem

Gesetzentwürfe beigegebenen Motive aus dem vergrößerten Betriebe nach.

Nach einigen Bemerkungen geht die erste und zweite Lesung des Gesetzes durch.

Die 2. Beratung ist beendet. — Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes, betreffend die Verfassung des deutschen Reiches.

Der Abg. Dunder motivirt seinen Vorschlag, in der Ueberschrift anstatt „Bundesgebiet“ zu setzen: „Reichsgebiet“ und diese Abänderung überall an den betreffenden Stellen vorzunehmen. Man wolle ein Reich schaffen, folglich könne auch nur von einem Reichsgebiete die Rede sein.

Fürst Bismarck: Die Wahl in den Worten „Reich und Bund“ war bei den verbündeten Regierungen keine willkürliche; sie haben sich hierbei von der Logik leiten lassen. Eine präjudizielle Bedeutung wird nicht beansprucht; beide Ausdrücke sind zulässig. Bei dem Worte „Reichs- oder Bundesgebiet“ haben wir nur geglaubt, daß das Bundesgebiet hervorzutreten habe, da die einzelnen Glieder ihre territoriale Hoheit behalten haben. Ich würde unter „Reichsrath“ nicht einen Staatsrath verstehen; der Bundesrath ist keine Reichsbehörde; er vertritt nur alle Staaten und der vom Abg. Schulze vorgeschlagene Ausdruck „Reichsrath“ entspricht nicht dem Wesen des Bundesrathes. Ich bitte den Reichstag, seine Bedenken schwinden zu lassen und die Vorlage in diesem Punkte nicht abzuändern.

Abg. Lasker will das Entferntbleiben von jeder materiellen Debatte über die Verfassung. Jede Nation bedarf eines Ruhepunktes; wir haben lange nach einer Verfassung gerungen. Erholen wir uns und freuen wir uns des Errichteten. (Beifall.)

Fürst Bismarck: Ich schliesse mich dem eben Geäußerten aus voller Ueberzeugung auch im Namen des Bundesraths an und habe dem Gesagten nichts hinzuzufügen.

Die Abänderung „Bundesgebiet“ in „Reichsgebiet“ wird darauf vom Hause abgelehnt. Zu §. 1 vertheilt ferner der Abg. v. Joltowski seinen und seiner Genossen Antrag: „Daß es nicht zur Kompetenz des Reichstages des deutschen Reiches gehört, die ehemaligen polnischen Landestheile, die unter Preussens Herrschaft stehen, in das deutsche Reich zu verleiben, und folgerichtig im Artikel 1 der Verfassung zwischen die Worte: „Preußen mit Lauenburg“ und „Baiern“ die Worte: „mit Ausschluß der unter preussischer Herrschaft stehenden polnischen Landestheile“ aufzunehmen.“

Der Abg. von Joltowski als Antragsteller würdigt die Großartigkeit der letzten historischen Thatfachen, welche die Einigung Deutschlands zur Folge gehabt hätten. Allein gerade deshalb, weil in dieser Einigung Deutschlands ein neuer Sieg des Nationalitätsprinzips erblickt werden muß, weil er auch seiner Nationalität Gerechtigkeit gewahrt wissen. An die Wiedereroberung von Elsaß und Lothringen haben die Deutschen schon längst im Ernste nicht mehr gedacht und es ist dennoch Thatfache geworden. Auch Polen kann in Zukunft das Glück wieder lacheln. Wenn auch wenig Aussicht vorhanden ist, daß er mit seinem Antrage durchdringen werde, so ist es dennoch Pflicht eines jeden Polen öffentlich zu erklären, daß er nichts anderes sein und bleiben wolle, als ein Pole. (Die Bundes-Bevollmächtigten entfernen sich aus dem Saale, um ihre Plenarsitzung zu beginnen; sie beglückwünschen im Vorbeigehen den Fürsten Bismarck zu dessen Geburtstag.)

Bundeskanzler Fürst Bismarck: Wir sind nicht zum ersten Mal damit beschäftigt, die Prinzipienfragen zu erörtern, die der Vorredner hier angeregt hat. Ich darf mich deshalb wohl auf eine kurze Erwiderung und auf die stenographischen Berichte früherer Sitzungen des Reichstages sowohl wie des preussischen Landtages in Betreff des Nachweises der Unrichtigkeit in dem vorliegenden Verbesserungs-Antrag und in den Worten des Herrn Vorredners beschränken und mich hier damit begnügen, die einzelnen dieser Unrichtigkeiten hervorzuheben und in Bezug auf die Motivirung meiner Ansicht auf die früher geltend gemachten Argumente zu verweisen. Ich bestreite dem Vorredner und seinen Mitantragstellern zunächst das Recht, sich hier auf die Worte der Thronrede zu berufen. In der Thronrede ist die Rede von andern Völkern und Staaten, deren Selbstständigkeit gesichert werden soll. Die Herren gehören zu keinem anderen Staate und zu keinem andern Volke, als zu dem der Preußen, zu dem ich mich selbst zähle, und können Polen und Westpreußen, langjährige Bestandtheile der preussischen Monarchie nicht zu denjenigen andern Völkern und Staaten zählen, welche in der Thronrede gemeint sind. Es ist das eine der Fiktionen, die den Blick trüben und das Urtheil fälschen. Ich bestreite den Herren ferner das Recht, im Namen der Bevölkerung irgend eines preussischen Landestheils zu sprechen, welches auch die Sprache dieser Bevölkerung

sein mag. Ich will nicht daran erinnern, daß Sie gesetzmäßig hier nur die Gesamtheit des Volkes und nicht einen einzelnen Landestheil vertreten, und keine Spezialmandate haben können. Ich will nur daran erinnern, was ich Ihnen bei einer früheren Gelegenheit gründlicher nachgewiesen habe, daß Ihre Wähler mit dem, was Sie hier angeblich im Namen Ihrer Wähler erklären, nicht einverstanden sind, und daß die Sache von solcher Notorität ist, daß ich mich darüber jedes Beweises überheben halten kann. Ihre Landleute haben mit demselben Muth und mit derselben Hingebung für die Sache, welche uns hier verleiht, gestritten, wie die Bewohner jedes anderen Theils von Preußen, und Ihre Landleute, die Sie hier vertreten, sind für die Segnungen der preussischen Kultur gerade so dankbar, wie die Bewohner Schleswigs. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bestreite Ihnen ferner — und ich glaube, es geschieht von dieser Stelle schon zum zehnten Male — das Recht, sich auf einen Vertrag für Sonderstellung einzelner Provinzen im preussischen Staat zu berufen. Sie haben es stets sorgfältig vermieden, diese Verträge ihrem vollen Wortlaute nach anzuführen. Ich habe im preussischen Landtage an dieser Stelle Gelegenheit gehabt, dies wörtlich nachzuweisen, und nur, weil Sie hier unrichtige Behauptungen wiederholen, muß ich auch meinen Widerspruch dagegen wiederholen. Es wäre die Existenz des Großherzogthums Posen und Westpreußen im preussischen Staat, wie sie seit einem halben Jahrhundert ist, nicht möglich gewesen, wenn stets etwas dergleichen, wie Sie wiederholt anführen, in den Verträgen stipulirt worden. Ich möchte Sie dann auch daran erinnern, uns mehr durch das Beispiel der Duldsamkeit, als durch Ihre Worte zu belehren. Sie hat sich denn die polnische Nation zu der Zeit, wo sie selbstständig war, gegen die von ihr mit dem Schwert Unterworfenen verhalten? Wollen Sie uns das Benehmen, welches Sie gegen die Ruthenen, gegen die unter ihrem Scepter lebenden Russen, gegen die Litthauer, ja gegen die Deutschen beobachtet haben, zum Muster empfehlen? Dann meine Herren würde Ihre Existenz in diesem Lande vollständig unerträglich, wenn wir Sie so behandeln wollten, wie Sie die durch Eroberung unterworfenen Deutschen behandelt haben. Die Herren, die sich mit der Spezialgeschichte von Westpreußen vertraut gemacht haben, werden sich erinnern, daß wir in diesen Tagen einen Gedächtnistag für die Stadt Thorn haben feiern können, wo die polnischen Herrscher es den Deutschen mit blutiger Schrift insinuirten haben, wie sie nationale Sonderbestrebungen zu verfechten pflegten. Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß wir aus diesen historischen Reminiscenzen, zu denen Sie mich wider meinen Willen zwingen, irgend ein Beispiel oder eine Empfindlichkeit übernehmen. Die verbündeten Regierungen und insbesondere Ihre Landesregierung, die Königlich preussische, wird fortfahren, in ihren Verfügungen die Segnungen des Reichthums und der Gerechtigkeit unter den Dankbaren und unter den Undankbaren zu verbreiten. Glücklicherweise sind die Dankbaren in der Mehrheit auch bei Ihnen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. v. Krzysjanowski: Wir sind zur Stellung des Antrags veranlaßt worden durch die polnischen Bauern, welche es verlangt haben, daß wir hier öffentlich gegen jede Einverleibung in das deutsche Reich protestiren. Gegen den Bundeskanzler aber muß ich doch erwähnen, daß wir wohl noch ein Volk im wahren Sinne des Wortes vertreten, daß die polnischen Stämme doch noch in ihrer ganzen Fülle bestehen. Daß aber zu Zeiten des alten deutschen Reiches Millionen von Slaven absorbt worden sind, will ich hier nicht weiter ausführen. Ich will Ihnen nur zwei Lehren vorhalten, zum ersten, daß wir Jahrhunderte lang die Barmherzigkeit gegen barbarische Vorden gewesen sind zum Schutze von ganz Deutschland, zum Schutze von ganz Europa und zum andern, daß wir zur Zeit der Türkenkriege das deutsche Reich gerettet haben. Den Dank hierfür aber ist uns Deutschland bis zum heutigen Tage schuldig geblieben, aber der Schuldbrief wir unsererseits auch nicht ausbleiben!

Abg. v. Miegowski: Ich will auf die Vorwürfe nicht weiter eingehen, ich bemerke nur, daß ich mit 2000 Stimmen über die Majorität gewählt bin. Alle Ihre Bemerkungen, um darzutun, wir seien kein Volk, werden nichts fruchten, eben so wie die Preußen selbst unter Napoleons Herrschaft Preußen geblieben, werden Sie finden, daß auch die Polen unter deutscher Herrschaft Polen bleiben werden.

Fürst Bismarck: „M. H., ich fühle, daß ich den Erwartungen der Versammlung mehr entsprechen würde, wenn ich jetzt nicht das Wort ergreife. Ich thue es nur darum, um zu verhindern, daß eines jener Schlagwörter mehr in die Welt gesetzt werde, von dem ich an meiner Stelle nicht selten durch das Wohlwollen meiner politischen Gegner zu leiden gehabt

habe und so noch bis in die Tage des französischen Krieges hinein an dem Worte des Grafen Schwerin, Gewalt geht vor Recht, was ich bekanntlich niemals gebraucht habe. Nun habe ich auch an der Betonung des letzten Redners gefunden, daß er sich ein neues Schlagwort von mir vorbereitet: „Wir sind kein Volk.“ Damit kann man viel Mißbrauch treiben; es kommt darauf an, was man unter dem „Wir“ versteht. Ich verstehe darunter, und unterschreibe damit vollständig den Satz: Die etwa 20 Herren Abgeordneten, die sich hier als Volk geriren und zwar als polnisches Volk. Sie, meine Herren, sind wirklich kein Volk, Sie vertreten auch kein Volk, Sie haben kein Volk hinter sich, Sie haben nichts hinter sich als Ihre Fiktionen und Illusionen; und zu denen gehört u. a., daß Sie vom polnischen Volke hierher in den Reichstag gewählt seien, um die polnische Nationalität zu vertreten. Ich weiß auch etwas davon, wozu sie gewählt worden sind, ich habe es Ihnen schon bei früheren Gelegenheiten auseinander gesetzt und kann Ihnen darüber nähere Specialitäten geben. Sie sind gewählt, um die Interessen der katholischen Kirche zu vertreten (laute Zustimmung) und wenn Sie das thun, sobald diese Interessen hier zur Sprache kommen werden, haben Sie Ihre Schuldigkeit gegen Ihre Wähler erfüllt, denn dazu sind Sie ehrlich gewählt, dazu haben Sie das volle Recht. Aber hier die polnische Nationalität zu vertreten, dazu haben Sie das Mandat nicht; ein solches Mandat hat Ihnen kein Mensch gegeben, nicht im Großherzogthum Posen, am wenigsten in Westpreußen, das Ihre Fiktion nicht theilt, die polnische Herrschaft sei gut gewesen; bei aller Unparteilichkeit und Neigung gerecht zu sein, kann ich versichern: sie war ganz herzlich schlecht und darum wird sie niemals wiederkehren. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schrappe (für den Antrag der polnischen Fraktion) kann nicht zugeben, daß das Reich auf festeren Grundlagen als je gegründet sei, es sei dies eine Ansicht, die schon von einem andern Mitglied der Versammlung aber auch von ihm getheilt werde, er glaube, daß nach etwa 20 Jahren die Dinge schon anders sein würden als heute und daß dann die Bewegung im Westen überhand genommen haben werde, die sich bereits vorbereite. (Unruhe.)

Darauf folgt die Abstimmung, bei welcher der Antrag v. Joltowski und Genossen abgelehnt wird. (Dafür stimmen die Polen, die Abgg. Bebel und Schrappe.)

Abg. Ewald führt in Beziehung zu Art. 1 aus, daß der alte deutsche Bund noch zu Recht besteht, daß der neue Bund auf der Vertreibung rechtmäßiger Fürsten und der Beraubung deutscher Stämme um ihre Rechte und Freiheiten beruht, daß der König von Hannover noch nicht Frieden geschlossen hat. (Heiterkeit.) Was ist da zu lachen? fährt der Redner fort; was ich hier spreche, spreche ich aus der Seele meiner Wähler. Fürst Bismarck will den Ausdruck nicht gethan haben „Gewalt geht vor Recht“; gut, er hat ihn nicht gethan, aber was noch schlimmer ist, er hat danach gehandelt. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dove: Als wir den Kampf gegen Frankreich geführt haben, waren alle Deutsche einig. Wo ist aber das hannoversche Königshaus gewesen? Ich bin der Meinung, daß wir mit einem solchen Hause, das sich in diesem Kampfe nicht hat finden lassen, auch keinen Frieden zu schließen brauchen. (Bravo.)

Darauf wird der Artikel 1 gegen die Stimmen der Polen angenommen.

Es folgt die Beratung über den Antrag Reichensperger (Dlpe) und Genossen über die Einschaltung einiger Grundrechte. Hierzu hat der Abg. Sonnemann Verbesserungsanträge gestellt, die sich auf die Pressefreiheit, das Versammlungs- und Vereinsrecht beziehen.

Zur Vertheidigung seines Antrags ergreift das Wort der Abg. Reichensperger (Dlpe). Er erinnert daran, daß in Folge des zwischen dem norddeutschen Bunde und den Großherzogthümern Baden und Hessen geschlossenen Uebereinkommens in Art. 4 Nr. 16 der deutschen Reichsverfassung der Gesetzgebung des Reiches auch „die Bestimmungen über die Presse und das Vereinswesen“ zugewiesen seien. Diese Rechtsmaterien, die eine so große Wichtigkeit behaupteten, hätten nun bereits in den meisten Staaten des Bundes, insbesondere auch in Preußen unter der Form von Grundrechten verfassungsmäßige, für die Landesgesetzgebung maßgebende Garantien erhalten. Es könne sicher nicht in der Absicht der deutschen Reichsverfassung liegen, diese Garantien durch bedingungslose Ueberweisung der betreffenden Gesetzgebung an das Reich für die Zukunft in Frage zu stellen. Wenn man also jetzt Grundrechte festsetze für das deutsche Volk, so geschehe das nicht im Interesse einer, der katholischen Partei, sondern es sei eine Frage von eminent politischer Bedeutung für das ganze Reich. Es sei daher jetzt geboten, die entsprechenden

bewährten Bestimmungen der Art. 27, 28, 29 und 30 der preussischen Verfassungs-Urkunde, sowie die damit in unmittelbarer Verbindung stehenden Bestimmungen der Art. 12 und 15 in die deutsche Reichsverfassung aufzunehmen, damit dieselbe nicht bloß als eine Schutzwehr nationaler Sicherheit und Ordnung, sondern auch als eine Bürgschaft nationaler Freiheit dastehet.

Abg. v. Treitschke: Wir sind nicht gefast gewesen auf eine solche Debatte nach den Ereignissen der letzten Monate. Eine Debatte über die Adresse hat diese Hoffnung schon getäuscht. Fragen, wie die nach dem Papstthron, der Republik Polen und dem Welkenreich sollten nachher abgemacht sein. Der Antrag Reichensperger erinnert auch nicht an eine Vergangenheit vor 23 Jahren, nicht an Deutschlands Aufgabe für die Zukunft. Deutschland hat aber Ruhe nötig. Wir müssen alle Opfer bringen, z. B. in Betreff des Artikels 78, und ich danke vor Allem der Fortschrittspartei, daß sie sich auf redaktionelle Änderungen beschränkt hat. Die jetzigen Grundrechte sind ein Stein, der geboten ist und nicht Brot. (Bravo!)

Die Herren Reichensperger und Genossen wollen Grundrechte in die Verfassung bringen. Warum fordern sie nicht unter diesen Grundrechten, daß die Wissenschaft und ihre Lehren in ihrem ganzen Umfange frei seien? warum nicht die Einführung der Erbschaft als Reichsgesetz? — Allerdings wird man zugeben, müssen, daß die Gefahr für uns jetzt nicht mehr so groß ist; es geht jetzt nicht mehr das alte Schreckenswort gegen uns zu gebrauchen, „Eine im Dunkeln schleichende Partei bedrohe die Krone.“ Aber, meine Herren, wir haben zusammengekommen in den Tagen der Noth und der Gefahr, so daß wir auch nun hoffen dürfen, daß wir alle die Erinnerungen heilig halten werden; im Uebrigen können wir ja versichert sein, daß es keiner Macht der Welt gelingen wird, ein Mißtrauen gegen die Rechte der Krone, gegen die Rechte des deutschen Volkes zu erregen. Es ist uns vorgehalten, wir seien zu stolz und zu zuversichtlich auf die gute Zukunft Deutschlands. Ich erlaube mir aber wiederum, Ihnen zu erwidern, daß das deutsche Reich auf festeren Grundlagen beruhe, denn je zuvor in der Geschichte. Die Sicherheit dieses Satzes liegt in der Wahl des neuen deutschen Reiches: sie läßt sich nicht wegleugnen und es ist doch zum Mindesten kein Reines, daß der Deutsche sein Haupt wieder stolz emporheben kann unter allen Völkern der Erde. Die Thatfache, daß jetzt an der Spitze des einigen Deutschlands ein Kaiser, eine Vertretung der Nation steht, ist niemals in der gesammten deutschen Vorseit ermöglicht worden. Denken Sie an die vorigen Jahrhunderte! Unseren Magistraten war es kaum gestattet mitzureden in die Angelegenheiten ihrer Städte. In der guten alten Zeit durfte der Bischof von Mainz mit souveräner Macht in einem Reichstage erscheinen, jetzt ist das anders und besser geworden, jetzt haben wir die Freude, den Bischof von Mainz mitten unter uns zu sehen, als einen Vertreter deutscher Nation, und darin liegt ein ungeheurer Fortschritt! (Stürmisches Bravo!) Ein Mißbrauch der Presse aber und der Freiheit der Vereine auf deutschem Boden wird niemals stattfinden. Daß die Regelung dieser Frage hier nicht stattgefunden, widerspricht allerdings leider gerade den Erwartungen, welche man von der Thronrede in dieser Beziehung erwarten konnte. Aber mit welchen Fortschritten wollen die Herren Reichensperger und Genossen uns beschenken. Sie wollen uns versichern, daß die Censur im deutschen Reich niemals wieder eingeführt werden soll, und weiter sogar, daß die Folter niemals wieder eingeführt werden soll. — Ich bitte Sie also, lehnen Sie die Vorlage des Herrn Reichensperger ab. (Bravo!)

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. Vor Schluß der Sitzung ergreift das Wort der

Bundeskanzler Fürst v. Bismarck: Die Vorlagen, welche von Seiten der Regierung dem Reichstage gemacht werden sollen, sind: 1. das Militär-Pensionsgesetz, 2. der Nachtragsetat für 1871, 3. ein Gesetz wegen Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem deutschen Reich, 4. das Gesetz, betreffend die Ausgabe von Inhaber-Papieren mit Prämien. Sodann liegt dem Bundesrathe jetzt das Gesetz vor bezüglich der Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, die Beratungen sind noch nicht so weit gediehen, daß die Vorlage hier in Aussicht genommen werden dürfte. Was uns die auswärtigen Verhältnisse bringen können, entzieht sich für den Augenblick meinem Urtheil, wir müssen die Entwicklung der Ereignisse in Frankreich noch eine kurze Zeit hindurch abwarten. Die verbündeten Regierungen haben das Interesse und den Willen, der Regierung der französischen Republik, mit welcher sie den Präliminarfrieden in Versailles geschlossen haben, ihre Aufgabe zu erleichtern, so weit es irgend möglich ist, ohne durch eine ungeschickte Einmischung in die selbstständigen Angelegenheiten Frankreichs deren Lösung zu erschweren. Die Frage ist schwer zu finden und mehr für ein französisches Auge erkennbar als für einen Fremden. Und es ist bisher die Ansicht Sr. Majestät des Kaisers und der verbündeten Regierungen, sich nach wie vor jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs und in die Bestimmungen über die Zukunft dieses großen Nachbarvolkes zu enthalten. (Beifall.) Dieser Entschluß wird nur bis zu der Grenze durchgeführt werden, wo die Interessen Deutschlands durch ein weiteres Enthalten gefährdet, fand den Ort voller Kriegserwartungen und Kriegs-

wo die Ergebnisse des Präliminarfriedens in Frage gestellt werden könnten, dadurch, daß eine faktische Regierung in Frankreich, sei es die jetzige, sei es eine andere, ich will nicht sagen, nicht den Willen, aber nicht die Macht hat, den Frieden auszuführen. Wo die Grenze eintritt, das kann nur die Zukunft lehren. Sollte die Ueberzeugung erreicht werden, die nur aus der Gesammelage Europas, wie Frankreichs ihre Elemente der Entschließung nehmen kann, dann würden wir mit Bedauern, aber mit derselben Entschlossenheit, mit der wir bisher gehandelt haben, das Nachspiel dieses Krieges zu Ende bringen. (Lebhafte allseitige Zustimmung.)

Der Reichstag beschließt nunmehr, die Ferien von Donnerstag vor bis Mittwoch nach dem Feste dauern zu lassen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)

— Folge Resolution wurde im Reichstage eingebracht: Der erste deutsche Reichstag erfüllt eine Pflicht, indem er mit warmer Anerkennung und Freude der wohlthunenden Sympathien, der thatkräftigen Unterstützung und der liebevollen opferwilligen Hilfe gedenkt, welche die deutschen Stammesgenossen in den benachbarten Staaten, wie in den fernsten Ländern ihrem schwerbedrohten und nun wiedererstandenen gemeinsamen Vaterlande bewiesen haben. Im Namen des zum Reiche vereinigten deutschen Volkes spricht er seinen warmen Dank allen fernsten Stammesgenossen aus, deren patriotische, oft unter Gefahren und Unbill thatkräftige Theilnahme die nationale Erhebung stärkte, den Schritt der siegreichen Heere beschleunigte, die gebrachten Opfer milderte und zur Heilung der geschehenen Wunden beitrug. Berlin, den 31. März 1871. Graf v. Frankenberg. Graf zu Münster (Hannover). Frhr. v. Emden. Dr. Rünger. Graf Bethusy-Suc. Günther (Deutsch-Grone). Graf v. Behr-Regendank. Fürst v. Walburg-Zell. Dr. Friedenthal. Frhr. v. Wagner (Württemberg). Graf zu Solms-Laubach. Dr. Lucius (Erfurt). Fürst zu Hohenlohe-Langenburg. Duesburg. v. Behr. Graf Saurma-Jeltsch. Fürst zu Carolath-Beuthen. Fürst v. Riknowsky. Graf zu Stolberg.

München, 2. April. Dem Erzbischof von Bamberg ist das zur Verkündigung und zum Vollzuge der Beschlüsse des Concils, besonders des Unfehlbarkeitsdogmas, erforderliche Placet durch eine ausführlich motivirte königliche Entschließung verweigert worden.

Ansland.

Paris, 29. März. Paris ist vollständig ruhig. Nur hat die „Komune“ großartige Maßregeln getroffen, um Paris gegen einen Handstreich Seitens Versailles sicher zu stellen. Das linke Seineufer ist theilweise durch die Forts, theils durch Barrikaden geschützt. Die schwache Seite von Paris ist die von Balignolles. Dort werden deshalb auch starke Barrikaden errichtet und diese immer weiter vorgeschoben. Die Pariser Vorposten nach Versailles hin sind auch ziemlich weit vorgerückt und sie stehen dort in nächster Nähe des Feindes. Kleine Gefechte — Ducrot besetzt dort die Versailles — finden, wie man der „R. Z.“ schreibt, jede Nacht statt. Was die Insurgenten auf dieser Seite noch besonders in Verlegenheit setzt, ist, daß es ihnen nicht gelang, sich des Mont Valerien zu bemächtigen. Ducrot hat die Schifferbrücke, welche bei Sevres über die Seine geschlagen worden war, abfahren lassen. Man behauptet, es sei geschehen, weil er nicht will, daß seine Truppen desertiren. Die neuen Pariser Nachthaber scheinen übrigens wegen Versailles nicht ohne Unruhe zu sein. Sie rechnen jedoch darauf, daß die Truppen sich nicht schlagen, sondern wider zu ihnen übergehen werden. So ganz unbegründet sind diese Hoffnungen nicht, denn wie Berichte aus Versailles melden, ist es mit der Disziplin der Truppen schlechter bestellt denn je. Wie dem nun auch sein mag, jedenfalls steht das große Publikum der nächsten Zukunft mit großer Unruhe und Besorgniß entgegen. Die Plünderungen haben übrigens bereits begonnen. Sie finden bis jetzt jedoch nur unter der Form von Requisitionen von Lebensmitteln statt. So nahmen die Bewohner von Belleville in der letzten Nacht eine Herde Hammel weg, die einem Metzger angehörte. Derselbe reklamirte im Stadthause; er erhielt aber den Bescheid, daß man nichts thun könne, wenn es sich um Requisitionen handle. Was die Lage von Paris in dieser Hinsicht noch trauriger macht, ist der Umstand, daß eine Masse englischer Diebe über den Kanal gekommen sind, um die Lage von Paris in ihrem Interesse auszunutzen. Die Sache kam dadurch heraus, daß die geheime englische Polizei bemerkte, daß plötzlich ein großer Theil ihrer Klienten verschwunden war. Der Chef der englischen geheimen Polizei, der in Folge dessen nach Paris kam, behauptet, daß die Zahl der englischen Spionagen sich zum wenigsten auf 4000 belaufe.

— Aus Paris vom 27. d. wird der „Times“ geschrieben: „Die Pariser strömen zu Tausenden nach Versailles, und sehen und hören daselbst genug, um sich zu überzeugen, daß die Regierung beschloßen hat, Gewalt gegen Paris anzuwenden, aber sich lächerlich lange Zeit benimmt, um fertig zu werden. Wie Sie bereits durch den Telegraph gehört haben, wird General Vinoy's Rücknahme seines Demissionsgesuchs allgemein dahin ausgelegt, daß Thiers dem Vorschlage des Generals, auf Paris zu marschiren, zugestimmt hat. Ich war gestern in Versailles und fand den Ort voller Kriegserwartungen und Kriegs-

gerüchte. Es sollen sich daselbst in runder Zahl 50,000 Mann Truppen nebst 550 Geschützen befinden. Angefordert durch die Offiziere von 30 Sous pro Tag, dieser unglücklichen Besetzung, die so viel Unheil über Paris gebracht, bilden sich Freiwilligen-Bataillone. Zelte, Munition und anderer Kriegsbedarf werden von allen Seiten her rasch gesammelt; aber alle diese Vorkehrungen sind nutzlos ohne Truppen, auf die ihre Führer zählen können, und solche Truppen sind nur in trauriger Minderheit vorhanden. Die Marine-Brigade, welche gegen die Montmartre-Affaire erittert sein soll, die Kavallerie und zwei Linien-Regimenter, eines derselben, das 66., das sich so tapfer seinen Weg aus Paris bahnte und den Dank der Nationalversammlung erhielt, kompletiren, wie man sagt, die dünne Rinde der ungewissenhaft Getreuen. Von dem Rest weiß man nicht, was zuverlässig ist oder nicht; aber in solchem Falle würde der geringste Zweifel fatal wirken. Die Regierung könnte eine Wiederholung ihres fatalen Jethums, Truppen zu verwenden, auf die man nicht unbedingt zählen könnte, nicht überleben. Dennoch hält schon eine gewisse Partei die wenigen Getreuen für zahlreich genug zu einem Marsche auf Paris. Es heißt, daß der wohlbekannte Marquis de Galfet — früher ein kühner Kavallerie-Offizier, jetzt ein General — die Regierung durch die Zubringlichkeit ermüdet, mit der er sie beschwört, ihm zu gestatten, das Kommando über alle Truppen, die ihm folgen wollen, zu übernehmen, und zu sehen, ob er nicht an der Montmartre-Canaille ein fürchterliches Beispiel statuiren kann. Er würde vollauf blaues Blut an seiner Seite haben — junge Leute von guten Familien, wahrscheinlich stärker durch patriotisches Vorurtheil als durch politische Ueberzeugung bewegt, und sie würden ohne Zweifel wider kämpfen. Der französische Abel — wie sogar dieser höchst unglückliche Krieg gezeigt — hat nicht den Muth eingebüßt, der seit Jahrhunderten sein Geburtsrecht war. Aber Muth würde nichts gegen große numerische Ueberlegenheit in einem Straßenkampfe hinter Barrikaden ausrichten, und das Fiasko der Freiwilligen von Versailles die Regierung völlig kompromittiren; daher sind weniger kühne Rathschläge die Parole des Tages, und General Vinoy soll, wie es auf gute Autorität hin heißt, entschlossen sein, zu warten, bis er eine ziemliche Anzahl der alten Kaiserlichen Armee aus von Deutschland ankommenden Gefangenen (die, ruhmloser Unthätigkeit müde, nicht abgeneigt sind, ihre eingebüßten Lorbeeren sogar durch Auszeichnung im Bürgerkriege wiederzugewinnen), zusammenbringen kann.

— Die erste Rate der Kriegsenkündigung ist gezahlt, wenn die „Times“ recht unterrichtet ist. Das Blatt meldet aus Versailles vom 31. März: Thiers zahlte Abends den Deutschen 500 Millionen. Alsdann wurde der Bezug von Verstärkungen aus dem Norden gestattet.

— Aus Calais, 1. April, 4 Uhr Morgens wird telegraphirt: Soeben trifft von Paris der um 1 Uhr fällige Londoner Courrier ein. Die damit von Paris kommenden Reisenden schildern die Zustände daselbst als die aller trostlosesten. Die Komune greift auf das Eileendste und Willkürlichste in alle Privatverhältnisse ein. Brüsseler Bankcouriere dürfen nicht wagen, die ihnen in Paris zur Beförderung anvertrauten Wertheffekten mitzunehmen. Der Kredit Lyons hatte gestern zum ersten Male seine Bureaux geschlossen und forderte durch Anschlag sämmtliche Banken auf, daselbst zu thun.

— Ueber die verschiedenen Strömungen, welche sich gegenwärtig in Paris kreuzen, bringt ein Korrespondent der „Indep. belge“ nachstehende interessante Angaben: „Man bildet sich in der Provinz, im Auslande und selbst in Paris ein, daß in der Hauptstadt von Frankreich nur Eine faktische Gewalt existirt. Jethum! Mindestens zwei giebt es und die Komune, die sich soeben eingerichtet hat, wird die dritte sein. Die beiden in Rede stehenden Gewalten sind das Centralcomitee und der republikanische Bund, welche beide erklärt haben, daß sie trotz der Wahl der Komune ihre Existenz aufrecht erhalten würden. Der Ursprung dieser beiden Gewalten verdient Beachtung. Das Centralcomitee scheint zuerst eine Art freiwilliger Formation gewesen zu sein, die sich aus den unruhigsten Elementen der internationalen Arbeiter-Association und aus Redactoren in öffentlichen Versammlungen bildete. Der republikanische Bund, welcher von dem Delegirten der 215 Bataillone der Nationalgarde gewählt zu sein behauptet, obwohl man in vielen Bataillonen noch nicht die Namen dieser Delegirten kennt, hat sich außerhalb des Central-Comitès konstituiert, und nur seine Fustion mit dem Central-Comitè brachte in Paris die thatkräftige und umfangreiche Aktion zu Stande, deren unerwartete Resultate sich jetzt vor den Augen aller Welt entfalten. Seit drei Tagen, seitdem das Central-Comitè ein Souscomitè ernannt hat, zählt sich der republikanische Bund von dem Comitè mindestens etwas verlegt. Argwohn und Uneinigkeit kamen zum Vorschein, sogar gegenseitige Verhaftungsbefehle. . . . Die Kommandanten der Forts und der Sektoren stehen unter dem Befehl des Bundes und nicht dem des Comitès. Nach diesen Mittheilungen, die durch die gegenseitigen Ereignisse ein besonderes Interesse erhalten, füge ich hinzu, daß die internationale Arbeiter-Association im Jahre 1869 eine Fustion mit dem Arbeiterbund eingegangen ist und daß man seitdem die Zahl ihrer Anhänger auf mehr als 150,000

schätzt. Erwähnenswerth ist es, daß die internationale Association seit 1869 alle Diejenigen aufnimmt, welche dem Programm des Genfer Kongresses huldigen, selbst wenn sie nicht dem Arbeiterbunde angehören. Der Sitz der Association ist immer auf dem Place de la Corderie im Quartier du Temple. Die meisten Mitglieder des Comitès gehören zu der internationalen Association, aber einige sind ihr vollkommen fremd. Unter den gewählten Mitgliedern der Komune sehe ich mehrere der eifrigsten Mitglieder der Association, z. B. Thiers, Barlin, Lefrançois, Tolon, Clément u. A. m.“

— Versailles, schreibt man der „R. Z.“, ist fortwährend scharf überwacht. Niemand wird dort zugelassen, der sich nicht über seine Person ausweisen kann. Die, welche ohne Papiere sind, werden zurückgewiesen und müssen mit dem nächsten Zug nach Paris zurückkehren. Verhaftet werden solche Personen jedoch nicht. Nur ein Belgier, Namens Briavoine, wurde festgenommen. Die Polizeikommissaire, die sich auf dem Bahnhofe befanden, hielten ihn nämlich für einen preussischen Spion, weil derselbe eines Tages, als er durch Versailles reiste, mit einigen preussischen Offizieren gesprochen hatte. Es gehört jedenfalls die ganze Stupidität der französischen Verwaltung dazu, um heute in dieser ersten Lage noch auf preussische Spione zu fahnden. Außer den Personen werden auch noch die Journale, welche in Versailles eintreffen, äußerst scharf überwacht. Man läßt dort weder das offizielle Stadthausblatt, noch die Blätter zu, welche die neuen Pariser Behörden vertheiligen. Dies geschieht, weil man der Armee nicht traut und befürchtet, daß, wenn sie diese lese, sich dieselbe in offene Revolte versetzen werde. Die beiden von der Regierung geduldeten Blätter, d. h. die, welche man offen auf der Straße verkaufen darf, sind die Gazette de France und der Gaulois. Was die Projekte der Regierung betreffs der Unterwerfung von Paris anbelangt, so ist Thiers in dieser Hinsicht mit den Führern der Majorität nicht einerlei Ansicht. Diese verlangen, daß man Paris mit Gewalt unterwerfe, während Thiers der Ansicht ist, daß man vor der Hand sich der Hauptstadt gegenüber beobachtend verhalte.

Neueste Nachrichten.

Wiesbaden, 1. April. Wie aus Neapel gemeldet wird, ist im Befinden des Herzogs Adolph von Nassau eine entschiedene Besserung eingetreten.

Strasburg, 1. April. Die „Straßburger Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben des Fürsten Biemarck an die Delegirten der Straßburger Handelskammer aus Berlin den 26. März. Das Schreiben besagt, daß beim Bundesrathe und beim Reichstage die Bewilligung der Mittel beantragt werden wird, welche erforderlich sind, um den Bewohnern des Elsaß und Lothringens Ersatz für die erlittenen Kriegsschäden nach den Grundsätzen und in demselben Umfange zu gewähren, wie sie den Bewohnern der übrigen Theile Deutschlands in analogen Fällen vergütet werden würden.

Paris, 31. März. Delescluze hat bei der Komune einen noch von mehreren Mitgliedern unterzeichneten Antrag eingebracht, nach welchem die Sitzungen der Versammlung öffentlich sein sollen.

Paris, 31. März. Gestern Abend erschienen Abgeordnete der Komune mit Nationalgardien vor dem Postgebäude, um die Uebersiedelung der Postbehörden nach Versailles zu hindern. Da sich alle höheren Postbeamten bereits nach Versailles begeben haben, so ist der Postdienst heute völlig desorganisiert. — „Cri du peuple“ zufolge wurde die Verhaftung des Postdirectors Rampont vom Sicherheitsausschuß deshalb angeordnet, weil derselbe im Einverständnisse mit der Regierung in Versailles seine Untergebenen zum Ugehorsam verleitet habe. — Angesichts des Ernstes der Lage wurden die Mitglieder mit den weitgehendsten Vollmachten versehen.

Paris, 1. April. Wie gerüchweise verlautet, hat gestern in der Umgegend des Bois de Colombes zwischen den Nationalgardien und den Versailler Truppen ein Zusammenstoß stattgefunden. Es wird berichtet, daß gestern Abend mehrere Bataillone Nationalgardien in der Richtung auf Reuilly, Passy und Auteuil abmarschirt sind.

— Das neue Journal „Social“ verlangt, daß die Komune die Abschaffung der Erbschaft proklamiere. „Cri du peuple“ soll diesem Vorschlage Beifall. Das amtliche Blatt der Insurrektion schreibt: Die Komune, von dem Wunsche befeuert, über die Frage der Wechsel-Versälfen einen alle Interessen versöhnenden Beschluß zu fassen, fordert die Arbeiter-Gesellschaften und die Kammer für Handel und Industrie auf, der betreffenden Kommission vor dem 10. April ihre Beobachtungen und Berichte einzufenden. In Folge einer mit Delegirten von Kaufleuten und Industriellen abgehaltenen Konferenz hat die Komune beschloßen, ohne die Gewalt in Versailles anzuerkennen, alle Vorschläge anzunehmen, welche eine freie Functionirung des Postdienstes ermöglichen. — Ein Artikel des amtlichen Blattes erörtert, daß die Revolution vom 18. März nicht allein den Zweck habe, die kommunale Repräsentation in Paris, sondern auch die Unabhängigkeit aller Gemeinden in Frankreich zu sichern und den Bestand der Republik zu garantiren.

— Die Postbureaux sind wieder eröffnet. Agenten der Komune haben von den Bureaux der Polizei und der Börse Besitz genommen. Aus Versailles

Musikalien-Leih-Institut.
Deutsche Leihbibliothek.
 Abonnements unter den günstigsten
 Bedingungen.
Musikalien-Verkauf
 mit höchsten Rabatt.
R. Schauer,
 Breitestraße 12.

Nur für Männer.
 15 Bände prächtigste Lektüre mit Bildern, versiegelt,
 versendet gegen Nachnahme od. fre. Einzahlung von
 2 M. die Verlagsanstalt: Leipzig.

Eine im besten Betriebe stehende Land-Bäckerei in der
 Provinz Pommern, ist sofort umständehalber billig zur
 Verkauft. Anzahlung 4 bis 500 M. Restzahlung
 fest. Näheres beim Kaufmann **Albert Grün** in
 Pasewalk.

Größere Posten gute Kopfsteine werden franco
 Alt-Damm abzugeben. Offerten abzugeben
 bei **Friedrich Poll.**

Wagenbittere Tropfen,
 a Flasche 5 Sgr.,
 welche sich besonders bei Hämorrhoiden, Magenkrampf,
 Magen schwäche, Kolik, Magenbeschwerden u. s. w. bewährt
 haben, empfehlen

Sengstock & Co.,
 am Hofmarkt.

Haus- und Küchengeräthe!
 Wirthschafts-Artikel jeder Art.
 Musterküche.
 Grosse permanente
Ausstellung
 zu Jedermanns freier
 Ansicht.
A. Toepler,
 Hoflieferant.
 Schulzen- u. Königsstr.-Ecke.

Dr. Baltz's
Potsdamer Balsam,
 concessioirt und gesetzlich deponirt, seit
 23 Jahren von Koryphäen der Wissenschaft empfoh-
 len bei nervösen Leiden, Podagra, Gicht-
 schmerz (im Rückgrat), Hüftweh, Wadenkrampf,
 Kopf-, Hals- u. Zahnschmerz u. s. w. vor
 sofortiger Wirkung bei allen rheumatischen
 Leiden.
 Wir empfehlen diesen anerkannt bewährten
 Balsam in Flaschen a 10 M. Aufträge von
 a swärts werden prompt effektiert.
Lehmann & Schreiber,
 Hofmarkt 15.

Kohlenplatten,
 ganz neu konstruirt,
 offeriren
Moll & Hügel.

Die Hut-Fabrik
 von
Heinrich Gersdorf,
 Schützstraße 10,
 empfiehlt sein großes Lager von den neuesten und elegan-
 testen Seiden- und Filzhüten zu den anerkannt billigen
 Preisen am Schützstraße Nr. 10.

Die Kalkbrennerei
 zu Alt-Damm
 liefert täglich frischgebrannten Rüb-
 dorfer Kalk.
F. Kogge.

Kupfer- und Messing-
Schablonen

werden in jeder Art zu Risten, Fässern u. Säcken
 billig angefertigt, sowie zu Rechnungen, Adressen u.
 Kupfer-Schablonen zu Wäschestickerien habe
 ich eine große Auswahl vorräthig, Risten mit Alphabet
 und Zubehör, so vollständig wie sie kein anderes Ge-
 schäft in ganz Stettin hat, zu Gelegenheits-Geschenken
 bei **A. Schultz, H. Domstr. 12.**

Grabdenkmäler
 in Eisen, in Gittern und Kreuzen in gro-
 ßer Auswahl billigt bei
J. G. Kuhlmeier.

Damen-Negligées.
 Nach Empfang sämtlicher Neuheiten in
Einsätzen,
 von den einfachsten bis zu den elegantesten,
 empfehle
Oberhemden
 in
 großartigster Auswahl,
 von
 guten reellen Stoffen,
 und zeichnen sich dieselben, da ich auf die Fabrikation dieses
 Artikels die größte Aufmerksamkeit verwende und seit Jahren
 die bewährtesten Zuschneiderinnen habe, durch tadellosoes Sitzen aus.
E. Aren, Breitestr. 33.
 Leinwand. Bettzeug.

Gardinen
 in Tüll, Mull mit Tüll Mull, Gaze,
 Sieb und Zwirn,
 empfiehlt in großer Auswahl
 zu außerordentlich billigen Preisen.
E. Aren, Breitestr. 33.

Long-Shawls und Tücher
 jeder Art in den neuesten Dessins empfing und empfehle zu bedeutend
 ermäßigten Preisen.
E. Aren, Breitestraße 33.
Schwarzen Sammet
 zu Paletots, in den reellsten Fabrikaten, empfehle billigt.
E. Aren, Breitestraße 33.

Gegen die Leiden der Harnorgane. Eine Anweisung, Blasen- und Nierenleidenen
 als: Blasenkatarrh, Blasenkrampf, Schleim-
 Gries- und Steinabsonderungen, Schwäche u. s. w. durch ein einfaches, der Gesundheit höchst zuträgliches, nicht
 medicinisches Universalmittel zu beseitigen, wird gegen ein kleines Honorar mitgetheilt. Leidende, welche schon
 Alles in jeder Beziehung, auch Brunnen- und Bäderkuren, ohne allen Erfolg versucht haben, können auf sichere
 Hilfe, in kurzer Zeit auf radikale Heilung rechnen. Näheres durch
W. Neumann, Greifsmühlen, Mecklenburg.

Aqua saphirina.
 Unfehlbare Heilung in überraschend kurzer Zeit
 gegen „Ausfluß der Harnröhre“ bei Männern und gegen „Weißen Fluß“ bei Frauen.
 Preis a Flacon 2 Thlr.

Mayer's Antirheumatica.
 Einreibung gegen selbst veraltete rheumatische Uebel, namentlich gegen Gelenk-Rheumatismus;
 durch seine erprobte Heilkraft berühmt!
 Waschwasser und Salbe zusammen 2 Thlr. 10 Sgr.

Mayer's Antihämorrhididum.
 Zur sicheren Beseitigung der hartnäckigsten Hämorrhoidaliden.
 1) Salbe gegen äußere Uebel a 1 Thlr. 5 Sgr.
 2) Mittel gegen innere Leiden a 1 Thlr. 20 Sgr.

MAYER'S
Medicinisch-technisches Central-Bureau,
 Berlin - Bornstr. 16.
 Sämtliche Präparate inclusive Gebrauchs-Anweisung und Verpackung zu
 obigen Preisen. — Aufträge von außerhalb gegen Postvorschuß.
 Wiederverkäufeln angemessenen Rabatt.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)
 heilt brieflich der Spezialarzt für Epilepsie, Doktor **O. Kilius** in
 Berlin, jetzt: Kommissstraße 145 — Bereits über Hundert geheilt.

Herrn J. G. Popp,
 prakt. Zahnarzt
 in Wien, Stadt, Bognergasse Nr. 2.
 Mit Vergnügen bestätige ich Herrn J. G. Popp,
 prakt. Zahnarzt in Wien, dass ich durch den Ge-
 brauch seines **Anatherin - Mundwassers**
 von einem vierjährigen Mundübel
 (Scorbut) vollkommen geheilt wurde.
 München, am 21. Mai 1870.
J. Obinger, Privatier.
 Zu haben in
 Stettin bei **A. Hube**, Kohlmarkt 3.
 Stralsund bei **W. van der Heyden**.
 Stargard bei **G. Weber**.

Unentgeltliche Kur der
Trunksucht.
 Ausgeführt nach rationeller Methode nach eigener Er-
 findung älterer Aerzte, zum Wohle der Mitmenschen.
 Die Kur wird ohne Wissen des Kranken vollzogen. Ge-
 fällige Anfragen beliebe man vertrauensvoll einzufenden
 unter der Adresse.
W. Falkenberg,
 Rischstr. 53,
 Frankfurt a. O. (Preußen)

Eisenbahnschienen
 zu Bauzwecken empfiehlt
W. Dreyer, Breitestr. 20.

Fallsucht ist heilbar.
 Eine Anweisung, die Fallsucht (Epilepsie,
 epilept. Krämpfe) durch ein nicht medicin. Uni-
 versal-Gesundheitsmittel binnen kurzer Zeit
 radikal zu heilen, herausgegeben von **Fr. A.**
Quante, Fabrik-Besitzer, Inhaber mehrerer
Verdienstmedaillen u. s. w. zu Warenburg in
Westphalen, welche gleichzeitig zahlreiche, theils
 amtlich konstatierte resp. eiblich erhärtete
 Atteste und Danklagenschriften von glückl. Ge-
 heilten aus allen fünf Welttheilen enthält, wird auf
 direkte Franco-Bestellungen vom Herausgeber gratis
 franco versandt.

Dienst- u. Beschäftigungs-Gesuche.
 Bei 4 Kindern im Alter von 8 bis
 14 Jahren sucht sofort eine Erzieherin.
 Gehalt 60 Thlr. aufs Jahr.
v. Wriecken,
 Brauerhof pr. Mickrow,
 Hinterpommern.

Ein Gastwirthschafter, zweiter Wirthsch. ster, der gut
 empfohlen, findet bei 125 M. Gehalt und freier Station
 logisch eine Coadition in Kollwitz bei Pasewalk.

VICTORIA-THEATER
 Dienstag:
Kandels Gardinenpredigten.
Ueberrall Epizubnen.
 Eine komische Ueberraschung.

Stadt-Theater.
 Dienstag.
 Zwittes Gastspiel der Frau **Julie Koch.**
Der Waffenschmied.
 Komische Oper in 3 Akten von Vorzing.

Abgang und Ankunft der
Eisenbahnen und Posten
Sahzüge:

Abgang:	
Nach Berlin, Briesen: Personenzug Abg. 6 u. 30. M.	
• Berlin, Briesen: Mitt. 11 • 50 •	
• Berlin: Courierzug Abg. 3 • 38 •	
• Berlin, Briesen: Personenzug Abg. 5 • 38 •	
• Stolp, Briesen: Abg. 6 • 8 •	
• Stargard, Briesen: Abg. 9 • 57 •	
• Danzig, Stolp, Colberg:	
• Courier- resp. Schnellzug Abg. 11 • 26 •	
• Stolp, Colberg: Personenzug Abg. 5 • 15 •	
• Stargard, Briesen: Abg. 8 • 5 •	
• Stargard: gemischter Zug Abg. 10 • 32 •	
• Pasewalk, Prenzlau, Stralsund:	
• Hamburg: Personenzug Abg. 6 • 15 •	
• Pasewalk, Prenzlau, Stralsund:	
• Stralsund, Hamburg: Pers.-B. Abg. 10 • 40 •	
• Hamburg, Stralsund, Pasewalk:	
• Schwerin: Personenzug Abg. 3 • 45 •	
• Pasewalk, Stralsund, Prenzlau:	
• Stralsund: Personenzug Abg. 7 • 45 •	
Ankunft:	
• von Berlin, Briesen: Personenzug Abg. 9 u. 46 M.	
• Berlin: Courierzug Abg. 11 • 15 •	
• Berlin, Briesen: Personenzug Abg. 4 • 35 •	
• Berlin, Briesen: Personenzug Abg. 10 • 38 •	
• Stargard: gemischter Zug Abg. 6 • 15 •	
• Briesen, Briesen, Stargard:	
• Personenzug Abg. 8 • 32 •	
• Stolp, Colberg: Personenzug Abg. 11 • 25 •	
• Briesen, Briesen, Stargard:	
• Personenzug Abg. 5 • 12 •	
• Briesen, Briesen, Stolp, Colberg:	
• Personenzug Abg. 10 • 18 •	
• Stralsund, Prenzlau, Pasewalk:	
• Personenzug Abg. 9 • 35 •	
• Schwerin, Stralsund, Pasewalk:	
• Prenzlau: Personenzug Mitt. 12 • 50 •	
• Hamburg, Stralsund, Pasewalk:	
• Personenzug Abg. 4 • 25 •	
• Hamburg, Stralsund, Pasewalk:	
• Personenzug Abg. 10 • 15 •	